

Amtsgericht Heinsberg

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Montag, 08.06.2026, 11:00 Uhr,
Erdgeschoss, Sitzungssaal 16, Schafhausener Str. 47, 52525 Heinsberg**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Waldenrath, Blatt 4388,
BV lfd. Nr. 1:**

Gemarkung Waldenrath, Flur 1, Flurstück 30, Gebäude- und Freifläche,
Erholungsfläche, Landwirtschaftsfläche, Pütt 9, Größe: 2.265 m²

versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 27.05.2025
eingetragen worden.

Gemäß Ermittlung des vom Gericht beauftragten Sachverständigen gemäß dessen
Gutachten vom 10.11.2025:

Fertiggestelltes Bestandsobjekt in Form eines freistehenden, eingeschossigen,
vermutlich nicht unterkellerten Wohnhauses mit vermutlich nur teilweise
ausgebautem Dachgeschoss und Nebengebäuden, Bruttogrundfläche 180 qm,
Wohnfläche geschätzt 112 qm. Bei den zuständigen Ämtern der Stadt und des
Kreises liegt keine Bauakte zum Objekt vor. Eine Teilfläche des Grundstücks befindet
sich in einem Landschaftsschutzgebiet. Ein Teil des Nebengebäudes überbaut das
Nachbargrundstück.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

129.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.